

HAMBURG & DER NORDEN

Temperaturen im Norden noch mild – aber Kaltfront im Anmarsch



St. Peter-Ording/Hamburg. Es wird herbstlich im Norden: Zwar stehen die Strandkörbe in St. Peter-Ording schon zum Abtransport bereit, aber die Menschen in Hamburg und Schleswig-Holstein

erwarten am Mittwoch tagsüber noch milde Temperaturen. Der Tag beginnt im Norden nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes bewölkt mit vereinzelt Schauern. Die Temperaturen liegen

bei 17 Grad in St. Peter-Ording und bis zu 20 Grad in Hamburg. An der Nordsee kommt es zu stürmischen Böen, und auch im Binnenland wird es tagsüber windig. Ab dem Abend greift eine Kaltfront

von der Nordsee her aufs Festland über. In der Nacht zum Donnerstag wird der Norden von Regnen durchzogen. Die Temperaturen sinken auf 14 bis 11 Grad. *Ino*

Anzeige

Schon für nur 9,80 € lesen!

- ✓ gesamte Zeitung als E-Paper
- ✓ alle Artikel auf abendblatt.de



Jetzt testen abendblatt.de/NordOstSee

Hamburger Abendblatt

Land & Leute



Die Weinlese im vergleichsweise jungen Anbaugebiet Niedersachsen ist beinahe abgeschlossen – mit überwiegend steigenden Erträgen. Die meisten Winzer im Land hätten mehr geerntet als ein Jahr zuvor, weil die Erträge bei jungen Pflanzen von Jahr zu Jahr langsam stiegen, sagte Jan Brinkmann, Winzer aus Bad Iburg im Landkreis Osnabrück und Vorsitzender des niedersächsischen Weinbauverbands. „Es sieht sehr gut aus.“ Allerdings habe die Menge etwas unter der Trockenheit gelitten, vor allem in der Lüneburger Heide. Konkrete Zahlen zur Lese gab es nicht. Winzer Brinkmann hat beinahe seinen Wein nicht vermarkten dürfen, weil Qualität und Alkoholgehalt fast zu hoch gewesen seien. Hintergrund ist, dass das Weingesetz ein niedersächsisches Landweingebiet nicht vorsieht. Daher darf der Wein nicht regional gekennzeichnet sein. Zudem darf kein Wein mit einem Alkoholgehalt über 15 Prozent vermarktet werden.

Busfahrer streiken – Tarifgespräche abgesagt

Kiel. Die für Montag geplante Fortsetzung der Tarifverhandlungen für die Fahrer der privaten Busbetriebe in Schleswig-Holstein haben nicht stattgefunden. Die Arbeitgeber sagten die Gespräche wegen eines parallelen Warnstreiks ab. „Wir können nicht verhandeln“, so der Chef des Omnibusverbands Nord (OVN), Joachim Schack. Am Bahnhof in Kiel demonstrierten am Montag rund 500 Busfahrer. Ver.di hatte die Fahrer zu einem fünfjährigen Warnstreik aufgerufen, der bis Freitagabend laufen soll. Die Gewerkschaft fordert für die rund 1900 Beschäftigten eine Erhöhung der Tarife von 1,95 Euro pro Stunde. Der OVN hat neben 300 Euro Inflationszuschuss eine Lohnerhöhung von 3,5 Prozent zum 1. Oktober angeboten, eine Erhöhung von zwei Prozent zum 1. Oktober 2023 und eine weitere Erhöhung zum 1. Oktober 2024. *Ino*

Erdgasförderung auf Borkum: Unterlagen da

Borkum. Für die umstrittene Erdgasförderung in der Nordsee vor Borkum liegen die Antragsunterlagen des Konsortiums um das niederländische Unternehmen One-Dyas nun in Kommunen aus. Wie das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie mitteilte, können die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren von nun an bis zum 9. November in den Städten Borkum und Norderney sowie in der Inselgemeinde Juist und in der Gemeinde Krummhörn eingesehen werden.

One-Dyas und seine Partner planen, von Ende 2024 an Erdgas aus einem Feld zwischen den Inseln Schiermonnikoog (Niederlande) und Borkum zu fördern. Das Gebiet liegt nahe dem Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer. Gefördert werden soll sowohl in niederländischen als auch in deutschen Hoheitsgebieten. Für die Förderung auf deutscher Seite ist noch das Planfeststellungsverfahren notwendig. Nach Angaben des Landesamts soll es bei dem Vorhaben maximal neun Bohrungen mit zusätzlichen Ablenkungen auf deutschem Hoheitsgebiet geben. Dazu soll eine Förderplattform auf niederländischem Hoheitsgebiet rund 23 Kilometer nordwestlich der Insel Borkum errichtet werden. Die erwartete förderbare Menge Erdgas für das gesamte Vorhaben beläuft sich demnach auf 4,5 bis 13 Milliarden Kubikmeter. *Ino*

Lob und Kritik für Gaspreisbremse im Norden

SPD: Bund hat geliefert. Aber auch das Land bleibt in der Verantwortung

Kiel. Schleswig-Holsteins SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Losse-Müller hat die Empfehlungen der Gaskommission in der Energiekrise als starkes Zeichen für die Menschen und die Industrie gelobt. „Der Bund hat geliefert. Aber auch das Land bleibt in der Verantwortung“, sagte Losse-Müller am Montag. Neben einem wirksamen Härtefallfonds sei es auch nötig, den Stadtwerken mit mehr als nur Bürgschaften zu helfen.

Auch der Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen, Andreas Breiter, lobte die Pläne. „Auch Wohnungsunternehmen, die bei dem jeweiligen Energieversorger für die Mieterin beziehungsweise den Mieter in Vorkasse gehen, können aufatmen.“ Mehr als eine Atempause seien die Vorschläge aber nicht. Von einem Gaspreisdeckel profitieren ja nur die Gaskunden. „Notwendig sei ein weiterer Schritt in Richtung Energiepreisdeckel.“

Kritik an den Empfehlungen der Gaskommission äußerte hingegen die Handwerkskammer Hamburg. „Das war nicht der große Wurf, den es gebraucht hätte, um unseren energieintensiven Betrieben wirksam zu helfen“, sagte der Präsident der Handwerkskammer, Hjalmar Stemmann. „Ich hoffe, dass der Hamburger Senat hier jetzt noch eine Schippe drauflegt.“

Die Verbraucherzentrale Kiel bemängelte, dass dem zweistufigen Plan die soziale Ausgewogenheit fehle, so der zuständige Referatsleiter Tom Janneck. „Eine nach Einkommen gestaffelte Unterstützung wäre hilfreich gewesen.“ Nötig sei ein Moratorium für Gas-, Fernwärme- und Stromsperrern. *Ino/HA*

Erste Hotels erheben Energiezuschlag

Hoteliers rechnen für den Winter wegen der explodierenden Kosten mit erheblichen Verlusten

Geneviève Wood

Sylt/Braunlage. Das Hotel Rungholt in Kampen auf Sylt verlangt bereits eine Energiepauschale. Nun zieht das Design- und Lifestyle-Hotel The Hearts im Harz nach und legt die steigenden Energiekosten zum Teil auf seine Gäste um. Das bedeutet für die Hearts-Besucher: Ab sofort wird bei jeder Zimmerbuchung eine Energiepauschale von 3 Euro pro Nacht und Gast fällig.

„Insbesondere für die kommenden Wintermonate müssen wir aufgrund der aktuellen Preise am Strom- und Gasmarkt sowie einer anhaltenden Inflation mit erheblichen Verlusten rechnen. Spätestens im März wären alle Rücklagen aufgebraucht und der ansonsten kerngesunde Betrieb pleite“, erklärt Hotelier Meik Lindberg den Energiezuschlag für die Gäste.

Er rechnet mit jährlichen Mehrkosten für Wärme und Energie in Höhe von 200.000 Euro. „Nach Bekanntwerden des Abwehrschirms und in der Hoffnung, dass die Energiemehrkosten dadurch deutlich sinken, haben wir die zuvor auf 5 Euro kalkulierte Pauschale direkt um 2 Euro reduziert“, sagt Meik Lindberg, der auch zukünftig transparent und unmittelbar auf

die starke Preisdynamik reagieren will.

Hotelier und Vorsitzender des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) auf Sylt, Dirk Erdmann, erhebt einen Energieaufschlag von 7,50 Euro pro Nacht in seinem Hotel Rungholt auf Sylt. Sollte sich der Markt entspannen, werde dieser Aufschlag aber sofort wieder gesenkt.

Wir beobachten, dass unsere Gäste durch die veränderte wirtschaftliche Lage deutlich preissensitiver als noch vor ein paar Monaten sind.

Meik Lindberg, Hotelier

Insgesamt sind es laut Schätzung von Axel Strehl, dem Vorsitzenden des Dehoga in Schleswig-Holstein, etwa zehn Prozent der Hotels, die eine solche Pauschale erheben. Tendenz steigend. „Denn mit den allgemein steigenden Kosten werden auch die Zimmerpreise der Hotels teurer werden.“ Ob Hotels das Energiepauschale

le nennen oder die flexiblen Zimmerpreise je nach Bedarf erhöhen, bleibt im Ergebnis das Gleiche. „Jeder Betrieb muss am Ende wirtschaftlich über die Runden kommen“, so Strehl.

Und dabei ist die Vorgehensweise sehr unterschiedlich und der Weg über eine Energiepauschale unter Hoteliers umstritten.

Björn Bohlen vom Stimbekhof in Bispingen in der Heide etwa geht einen anderen Weg: „Wir möchten, dass unsere Gäste eine unbeschwerte Auszeit bei uns genießen, die sie von den alltäglichen Problemen etwas abschalten und zur Ruhe kommen lässt. Deshalb werden wir auf dem Stimbekhof keine Extra-Energiepauschale einführen.“ Denn: „Urlaub muss noch leistbar bleiben.“

Alexander Winter (arcona Hotels & Resorts, wyn Strandhotel auf Sylt, vju und Koopmann's auf Rügen): „Wir sehen derzeit, dass es sehr schwer ist, alle Preiserhöhungen auf unsere Gäste umzulegen. Eine separate „Energiepauschale“ ist unseres Erachtens so gar nicht darstellbar, da wir eine Endpreisauszeichnungspflicht haben.“ Die Preisgestaltung in seinen Häusern orientiere sich einerseits täglich am aktuellen Marktgeschehen, andererseits würden die gestiegenen Energie-, Waren-

und Dienstleistungskosten in den Basis-kalkulationen berücksichtigt.

Dennoch plagen viele Hoteliers neben den steigenden Energiekosten andere Sorgen: Gäste würden nur sehr zögerlich buchen. „Wir beobachten, dass unsere Gäste durch die veränderte wirtschaftliche Lage deutlich preissensitiver als noch vor ein paar Monaten sind. So wird momentan sehr viel kurzfristiger gebucht, und auch unsere höherpreisigen Suiten sind weniger nachgefragt“, so Lindberg aus dem Harz. Der Hotelier arbeitet daran, weiterhin energieeffizient zu haushalten. Wie berichtet, wurde in den Sommermonaten energiesparend über einer Feuerstelle im Freien gekocht und das Restaurant mit Küche nach draußen verlegt. Zudem wird das Hotel noch bis Mitte November auf Flüssiggas umstellen und hofft so, noch mehr Kosten einsparen zu können.

Seine Forderungen an die Politik: „Wir brauchen klare und verbindliche Aussagen, wünschen uns natürlich, dass die beschlossenen Hilfen zeitnah ausgezahlt werden, und auch der Gaspreisdeckel muss kommen. In jedem Fall bedarf es einer einfachen Durchführbarkeit ohne bürokratische Hürden – wie das bei den Corona-Hilfen leider der Fall war.“

Großvater erstochen – fünf Jahre Jugendstrafe

18-Jähriger gleitet in Alkoholexzesse ab und tötet den Mann, zu dem er ein besonders gutes Verhältnis hatte

Lübeck. Die Alkoholexzesse eines 18 Jahre alten Schülers in Geesthacht sind in einer furchtbaren Bluttat und fünf Jahren Jugendstrafe geendet. Das Landgericht

Lübeck verurteilte den Heranwachsenden am Montag wegen Totschlags, weil er im März seinen Großvater mit zahlreichen Messerstichen in den Oberkörper getötet hatte. Die Große Strafkammer als Jugendgericht folgte damit der Forderung der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger des Heranwachsenden hatte auf nicht mehr als drei Jahre Jugendstrafe plädiert.

Der 18-Jährige hatte in dem Prozess gestanden, seinen 70 Jahre alten Opa mit mehreren Messerstichen getötet zu haben. Der junge Mann war bei der Tat mit etwa 2,5 Promille betrunken.

Die anwesende Familie des Schülers, der die Ausführungen von Staatsanwalt, Verteidiger und Richter mit wachem Blick verfolgte, reagierte ungläubig auf das Urteil. Sie hatte wohl auf eine mildere

Strafe gehofft. In seinem letzten Wort hatte der Junge sich an seine Verwandten gewandt und gesagt: „Es ist schwer, hier zu sitzen und alles anzuhören. Ich möchte meiner Familie sagen, wie sehr mir alles leid tut und dass ich meine Familie von ganzem Herzen liebe.“ Seine Angehörigen rangen mit ihren Emotionen.

Wie konnte es zu der Tat kommen? Dazu trugen Staatsanwaltschaft und Verteidigung zwei ähnliche Versionen vor, die sich aber in einem wichtigen Punkt unterschieden. Die Anklagebehörde geht davon aus, dass der Großvater, der den betrunkenen Enkel aus dem Elternhaus abholen und zur Ausnüchterung zu sich und der Großmutter holen wollte, und der Angeklagte in Streit gerieten. Dabei sei es zu der tödlichen Messerattacke gekommen.

Nach der Schilderung des Verteidigers dagegen hatte der 18-Jährige das Messer in der Hand, weil er Suizidabsichten hegte. Beim Versuch, ihm die Waffe zu entwenden, sei es zu den Stichen gekommen.

Die Richter wischte die Version des Rechtsanwalts, die in der Verhandlung auch der Angeklagte selbst vorgetragen hatte, vom Tisch: Die Familie habe sich die Suizidabsicht zurechtgelegt, „um mit der Tat zurechtzukommen“. Beim Angeklagten sei eine Verzweiflungssituation nach Gutachterausgabe nicht erkennbar gewesen, lediglich eine depressive Verstimmung, sagte sie. Es sei nicht auszuschließen, dass die Steuerungsfähigkeit des Angeklagten durch Alkohol beeinträchtigt gewesen sei. Das Gericht ging von einem bedingten Tötungsvorsatz aus. *Ino*

Anzeige

Hallo mein

Miezieh

Du fehlst mir so !

Dein Mausebärchen Kleintier